

NatWiss Aktuell

Naturwissenschaft für Frieden und Nachhaltigkeit

Februar 2009

Inhaltsverzeichnis

Grußwort der Geschäftsführung	1
Bericht von der Arbeitstagung „Ökonomie und Naturwissenschaft / Technik / Design im Angesicht der Umweltkrise“	1
Medienspiegel: aus den Medien und mit den Medien	5
Künftige Projekte	10
Lesenswert: neue Bücher	11
Termine / Veranstaltungen	11

Grußwort der Geschäftsführung

Liebe NatWiss-Mitglieder,

nach über einem Jahr Pause gibt es endlich wieder ein NatWiss Aktuell. Es schlägt den Bogen vom Bericht der letztjährigen NatWiss-Arbeitstagung über die Wiedergabe zweier Presseartikel und einer Korrespondenz mit der ARD-Zuschauerredaktion zu den für 2009 avisierten Projekten und schließt mit Veranstaltungshinweisen.

Was gibt es Neues? – NatWiss hat eine neue Adresse und eine neue Geschäftsführung. Der Verein „wohnt“ nun in Räumen der TU Berlin, und seine Geschäfte werden geführt von einer Biologin und Fachredakteurin, die NatWiss über Berliner Akteure der Globalmarshallplan-Initiative kennengelernt hat und sich bereits an der neuen Aufgabe freut.

Ich grüße Sie/Euch herzlich mit meinem Motto, welches ich meinen Vorbildern und Wegbegleitern verdanke: *Frieden ist nicht das Ziel, Frieden ist der Weg.*

Ihre/Eure Andrea Hastrich

Bericht von der Arbeitstagung „Ökonomie und Naturwissenschaft / Technik / Design im Angesicht der Umweltkrise“

Von Wolfgang Neef

Im Haus der Natur in Potsdam fand vom 27.-28. Juni 2008 die Arbeitstagung „Ökonomie und Naturwissenschaft / Technik / Design im Angesicht der Umweltkrise“ statt. Sie wurde

veranstaltet von der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V. (NatWiss) in Zusammenarbeit mit DEEDS (Design, Education and Sustainability), FP6 Leonardo da Vinci Forschungsprojekt, und gefördert durch die Heidehof Stiftung und das LEONARDO DA VINCI Programm der Europäischen Union.

Einleitend referierten Adelheid Biesecker (em. Professorin, Bremen) und Sabine Hofmeister (Prof. in Lüneburg). Ihre These: Die herrschende ökonomische Lehre „vergisst“ nicht nur die Natur, sondern versucht, die 3 „Säulen“ der Nachhaltigkeit – Ökologie, Soziales, Ökonomie – getrennt voneinander zu behandeln. Die notwendige Integration findet nicht statt, man spielt faktisch das eine gegen das andere aus und damit „Säulen-Mikado“.

Nur mit der Kategorie „Reproduktivität“ können aber die stofflich/natürlichen Fragestellungen mit den sozialen und ökonomischen zusammen gebracht und damit wirklich neue Betrachtungsweisen kreiert werden, die Bouldings „Raumschiff-Ökonomie“ mit Inhalt füllen. Integration wird dabei verstanden als gemeinsamer Bezug zu dem lebendigen System, der bezüglich der Kategorien Zeit, Qualität und Gleichgewicht zur Konsistenz führt. Damit greifen sowohl die reine Effizienz-Strategie in der Technik wie auch die gängige ökonomische Definition der Natur als Ressource und Bestand zu kurz. In der Praxis bedeutet das die ständige, prozesshafte Vermischung von Natur und menschlicher Arbeit, als gemeinsame Produktivität/Reproduktivität von „Arbeit“ und „Natur“. Produktentwicklung ist damit immer auch interdisziplinär und berücksichtigt die Genese und Wiedereingliederung von Stoffen und Energie in den natürlichen Kreislauf („Reduktion“).

In der anschließenden Kleingruppen-Diskussion wurden folgende Fragestellungen entwickelt:

- Können „Kunst“ und „Design“ eine integrierende Rolle zwischen den Disziplinen spielen?
- Wie kann angesichts des insbesondere in den gängigen Kategorien der Ökonomie vorherrschenden Reduktionismus und des durch sie verursachten Zeitdrucks schon im Denken die Möglichkeit geschaffen werden, die durch die Kategorie der „Reproduktion“ erzeugte hochgradige Komplexität in der Theorie einzuführen, zu be-

greifen und in Unternehmen hineinzutragen?

- Wie kann dann diese Komplexität so reduziert werden, dass man den Bedürfnissen der Praxis im Sinne von Nachhaltigkeit gerecht wird?
- In die Methoden der Erkenntnis fließen auch emotionale Bedürfnisse ein, z. B. „schöne Produkte“ zu gestalten. Hier sind besonders die Designer gefordert.

Im Podium am folgenden Tag referierten und diskutierten, orientiert an diesen Fragen, die Ingenieure Peter Brödner und Andreas Manthey, die Designer Kirsten Langkilde und Helmut Langer und die Ökonomen Niko Paech und Joachim Spangenberg

Brödner: Die beiden Pole der Gestaltungsarbeit des Ingenieurs sind auf der einen Seite die Anforderungsliste an Produkt oder Prozess, die die sozialen Bedürfnisse spiegelt, wobei Machtbeziehungen, Interessenkonstellationen und auch Verwertungsinteressen eingehen, auf der anderen Seite die Formbarkeit der Natur. In diesem Spannungsfeld bewegt sich der gestaltende Ingenieur. Im Laufe des Gestaltungsprozesses werden die vielfältigen Alternativen und Möglichkeiten entsprechend den Anforderungen bewertet. Dabei müssen auch Konflikte bewältigt werden. Die Abwägung dieser Möglichkeiten ist nicht automatisierbar, nicht wissenschaftlich in Algorithmen zu fassen, obwohl dieses vielfach versucht wurde. Ingenieure haben dabei zunehmend gelernt, nicht nur das konkrete Produkt oder den augenblicklichen Prozess zu betrachten, sondern den ganzen „Lebenszyklus“. Nach dieser Gestaltungsarbeit beginnt die Aneignungsphase durch den Nutzer, die aufwändiger sein kann als die Gestaltungsphase. Technische Artefakte und ihre Gebrauchsweise sind integraler Bestandteil von Kultur, und damit anfällig für Versuche der Korruption und Vereinnahmung durch Macht- und Verwertungsinteressen. Unsicherheit ist für die Ingenieurarbeit tägliches Brot. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit heißt für Ingenieure: Eine Ressourcen-zentrierte Perspektive einnehmen und diese elaborieren. Im Sinne von Nachhaltigkeit hat aber die Disziplin zwar „Besserung“ anzubieten – für einen wirksamen Paradigmenwechsel aber ist eine kollektive Verhaltensänderung nötig.

Manthey: Alternativen suchen, Alternativen bewerten, dies wird Best practice genannt. Es geht darum, den Menschen die optimalen Ver-

fahren nahe zu bringen. Mit Bezug auf Boulding spricht er vom „Raumschiff eigene Wohnung“, wenn es um Energie- und Ressourcenprobleme geht: Hier ist der Aufwand mit relativ einfachen Mitteln minimierbar. Mit ökonomischen Mitteln, zum Beispiel eine negative KFZ-Steuer auf Elektrofahrzeuge, kann man das Verhalten der Verbraucher auch sonst in Richtung Ökologie lenken. Wachstum muss sich ausschließlich auf erneuerbare Energien konzentrieren, dann ist Nachhaltigkeit realisierbar.

Langkilde: Die Verschönerung ist nur die eine Seite des Designs, auf englisch „the designable“, die andere Seite ist „the desire, the sensible“. Im Design gibt es deshalb im Prinzip zwei Auffassungen von der eigenen Rolle: Zum einen die „Verschönerung“ produzierter Artefakte im Sinne ihrer Verkaufbarkeit, zum anderen eine kultur-kritische, eigene Position, die auch den Sinn hinterfragt und Verantwortung für den Inhalt trägt: Diese ist für diese Tagung interessant. Innovation, die wir auch verantworten können, muss zusätzlich „the possible“ beachten. Die grundlegenden Fragen der Kultur müssen in multidisziplinären Prozessen dem Prinzip des „Erfinden – Verwerfen“ entgegengesetzt werden. Die Sinnfrage wird dabei gemessen an der Qualität, am „kulturellen Mehrwert“. Das macht Design-Arbeit sehr komplex. Wenn die Rolle der Designer so gesehen wird, sind dafür neue ökonomische Modelle erforderlich.

Langer: Designer befinden sich als kreatives Potenzial zwischen Produzenten und Konsumenten und können damit Entwicklungen beeinflussen. Nachhaltigkeit muss als wichtigstes Gestaltungskriterium festgeschrieben werden – der Schlüsselbegriff für die Zukunft aller Menschen. Nachhaltigkeit ist jedoch wesentlich mehr als „nur“ der umweltliche Aspekt von Konsum. Sie hat auch soziale, politische, wirtschaftliche, kulturelle und Menschenrechts-Dimensionen. Verantwortliches Design betreibt Changing, Preventing, Reducing, Restoring und Sharing. Dies kann nur in globaler und kooperativer Vernetzung aller relevanten Professionen wie Design, Naturwissenschaft, Ökonomie und Technik geschehen. Im Zentrum steht dabei die Frage der praktischen Umsetzbarkeit, hier sehen die Designer ihre Rolle.

Paech: Das Gros der vorgeschlagenen Konzepte und Lösungen in der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion zielt darauf, den modernen Lebensstil gegen die Notwendigkeit eines Wandels zu immunisieren. Vor allem technische Innovationen sollen bei ungebremster Anspruchsdynamik die Welt retten. Zu diesem Zweck werden Passivhäuser, Drei-Liter-Autos, Energiesparbirnen, Ökostrom, nachwachsende Rohstoffe, Carsharing, „atmosfair“, Biosiegel etc. entwickelt. Die damit verbundene Qualitäts-Verbesserung kann nicht das Quantitäts-Problem lösen. Denn den technischen Innovationen als Lösung entgegen steht „Peak Everything“ und damit zunächst Reduktion auf allen Ebenen statt Wachstum. Insofern geht es darum, zuerst die Ansprüche zurückzuführen. Es existieren keine nachhaltigen Produkte oder Technologien, sondern nur nachhaltige Lebensstile. Die einzige Möglichkeit einer Operationalisierung bzw. Messbarkeit von Nachhaltigkeit liegt in der individuellen CO₂-Bilanz als „Währung der Zukunft“. Wichtige Aufgabe der NaturwissenschaftlerInnen ist es dabei, die Informationen über den CO₂-Aufwand zu ermitteln („Graue Energie“), um Technologien realistisch einschätzen zu können.

Spangenberg: Ist es sinnvoll, CO₂ als neue Leitwährung einzuführen, und das über handelbare Zertifikate? Dadurch wird z. B. „Biodiversität“ nicht erfasst. Es gibt große Unterschiede in der Relevanz von Naturvernutzung, der Fokus wird meist auf Irrelevantes gelegt, während man sich vor wesentlichen Themen drückt. So dürfte es beim Energie-Gesamtumsatz eine generelle kritische Grenze geben, auch wenn die Energiewandlung nur auf erneuerbaren Verfahren beruht. Reduktionsziele sind deshalb unumgänglich. Die wichtigsten Prinzipien der Nachhaltigkeitsökonomie sind Befriedigung der Bedürfnisse, insbesondere der Ärmsten, und Respektierung von Grenzen, insbesondere Grenzen der ökologischen Belastbarkeit. Das widerspricht der herrschenden Ökonomie als Wissenschaft, die keine absoluten Grenzen kennt. Auch die Figur des souveränen Konsumenten ist mit der Existenz von solchen Grenzen kaum vereinbar. Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, die Paech anspricht, müssen in den Kontext des gesellschaftlichen Diskurses eingebettet sein, als absolute Größen werden sie wenig ausrichten. Dazu gehört auch die Kategorie der Reproduktivität, die gestern eingeführt wurde. Wir brauchen Klarheit über den Zusammen-

hang von physischen Ressourcen in der Umwelt, ökonomischen Prozessen und gesellschaftlichen Folgen. Für die Effizienz der Bedürfnisbefriedigung könnten nicht nur Quantitäten, sondern Qualitäten wesentlich sein, z. B. Gegenstände, die man gerne behält. Zur Ökonomie gilt: Man muss ihre Grenzen diskutieren und anerkennen und sie dann innerhalb dieser Grenzen realitätstauglich machen.

Ergebnisse der folgenden Kleingruppen- und Fish-bowl-Diskussionen:

1. **Bedürfnisse:** Wer und was bestimmt die legitimen Bedürfnisse und durch wen und wie werden ihnen Grenzen gesetzt?
2. **Kultur:** Es muss eine Kultur der Nachhaltigkeit etabliert werden, die die Kultur des Konsums ablöst. Wie kann die „Lust“ auf neue Technik und Lebensentwürfe erzeugt werden?
3. **Macht:** Man muss die politische Steuerung und Lenkung der Gesellschaft durch Re-Regulierung angehen. Dies heißt auch die Machtfrage stellen.
4. **Verantwortung:** Die Verantwortung geht vor der Kreativität und der Marktfreiheit. Langfristige Verantwortung, auch in Form von langfristigen Finanzierungsansätzen, ist notwendig.
5. **Ökonomie:** Wie sieht eine Ökonomie aus, die die Grenzen des Wachstums anerkennt? Wie wird Wachstum nach Außen in Entwicklung nach Innen umgeformt, damit das Paradoxon des "Nachhaltigen Wachstums" aufgelöst wird?
6. **Rahmenbedingungen:** Es ist extrem voraussetzungsvoll, eine Konsistenzstrategie zu verfolgen. Es müssen die empirischen Befunde in einer globalen und Generationen-übergreifenden Perspektive gesehen werden, um nicht symbolische anstatt problemorientierte Maßnahmen anzugehen.
7. **Komplexitätsreduktion:** Wie kann die Komplexität der Lage ausreichend erfasst werden, wenn die notwendige Reduktion zu blinden Flecken führt? Können die verschiedenen Disziplinen sich gegenseitig aufklären?
8. **Methoden:** Es geht darum, „Labor“-Situationen zu schaffen, um das wechselseitige Verstehen durch gemeinsames Handeln zu organisieren. Es geht darum, Modelle durchzuspielen, und dabei die jeweils anderen Ansätze zu hinterfragen.

9. **Interdisziplinarität:** Wie kann man eine Durchlässigkeit der Disziplinen erreichen, wo müssen bisherige Grenzen zwischen ihnen gesprengt werden? Was wird gebraucht für eine Bildung im umfassenden Sinn?
10. **Transdisziplinarität:** Wie können die „Menschen auf der Straße“ erreicht werden? Wie können Räume in Betrieben und Projekten geschaffen werden, in denen der Wunsch nach qualitativer und verantwortlicher Arbeit Platz findet?
11. **Management:** Wie sieht ein Management von Interdisziplinarität und Transdisziplinarität aus, das die Komplexität einer nachhaltigen Entwicklung ernst nimmt?

Überlegungen für die weitere Debatte:

1. Kritisch ist bezüglich der Lösungen immer die Frage der „Machbarkeit“, und zwar nicht nur für gesellschaftliche Veränderungen, sondern auch für technische Projekte, die zur Problemlösung beitragen sollen. Deshalb ist es geboten, auch die Grenzen der technischen Machbarkeit (z. B. durch „graue Energie“ großtechnischer Lösungen, durch die Überwindung großer Entfernungen und den stofflichen wie politischen Aufwand hierfür etc.) bewusst zu machen, ohne dabei zur Resignation beizutragen.
2. Eine Kernfrage sind die Quellen und Ursachen von menschlichen Bedürfnissen: Wo liegen sie, wie werden sie ermittelt, wie könnten sie begrenzt werden?
3. Welche Ökonomien (außer der „herrschenden“ des Kapitalismus) existieren noch, global betrachtet? Wie nachhaltig sind sie?
4. Ist eine politische Lenkung von Innovationen oder technischer Gestaltung im Sinne von Nachhaltigkeit über Forschungsmittel möglich und sinnvoll?
5. Welche für die Durchsetzung von Nachhaltigkeit förderlichen Widersprüche entwickeln sich an der „Wurzel“ der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere in den Unternehmen?
6. Welche Möglichkeiten gibt es, damit nicht nur Experten die aktuelle Situation („Umweltkrise“, „Reproduktivität“) in ihrer gesamten Komplexität verstehen und einschätzen können? Wie kann diese Komplexität für die Praxis handhabbar reduziert werden?

Vorschläge für die weitere Arbeit

1. Besonders zwischen den Ingenieuren und den Designern wurden interessante Konflikte und für beide Seiten erstaunliche Überschneidungen herausgearbeitet. So wurde für beide Seiten das Selbstverständnis als „Gestalter“ mit Verantwortung formuliert – eine Rolle, die sie der jeweils anderen Berufsgruppe bislang nicht zugeschrieben hatten. Daraus entsprang die Verabredung, bestehende Kontakte z. B. zwischen TU Berlin und den Designer-Hochschulen zu nutzen, um dieses Rollenverständnis und die daraus folgenden Implikationen für ihren Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung auszutauschen und zu einer **vertieften Kooperation** auszubauen.
2. Die Frage nach der Entstehung und möglichen Beeinflussung **menschlicher Bedürfnisse** über die Grundbedürfnisse hinaus, die in der Tagung wegen der Zusammensetzung der Teilnehmer weitgehend unbearbeitet bleiben musste, war Anlass zum Vorschlag, eine ähnliche Tagung unter Beteiligung von Soziologen, Sozialpsychologen und Psychologen nachfolgen zu lassen.
3. Die Kontroverse über die **Relevanz des Emissionshandels** (CO₂ als „Leitwährung“) führte zum Vorschlag, zeitnah eine Veranstaltung zu diesem Thema durchzuführen, in der die jeweiligen Protagonisten des „Für“ und „Wider“ auf dieser Tagung sowie weitere Naturwissenschaftler auch die angesprochene Frage der Komplexität und ihrer praxistauglichen, nicht reduktionistischen Reduzierung diskutieren sollen.
4. Zur Überwindung der in der Tagung aufgebrochenen Spannungen zwischen „Theorie“ und „Praxis“ wurde angeregt, ein **„Labor“** einzurichten, in dem vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzeslage (insbesondere der EU) konkrete Situationen des nötigen Paradigmenwechsels zur Nachhaltigkeit als Szenario und/oder Rollenspiel nachgebildet werden. Es gab innerhalb der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative bereits im Jahr 2006 die bislang nicht realisierte Idee, ein solches Szenario für das Leben in Europa mit einem Viertel des heutigen Energieumsatzes (60er Jahre) und den heutigen technisch-naturwissenschaftlichen Möglichkeiten zu erstellen. Die an der Tagung beteiligten

Zukunftsforscher werden von der Initiative angesprochen und zur Mitarbeit eingeladen. Methodisch wird die am Zentrum Technik und Gesellschaft entwickelte „Konstellationsanalyse“ dafür in Aussicht genommen.

5. Es besteht die Absicht, den Vorschlag des Vertreters der IG Metall aufzugreifen, die Thematik der Tagung in die **Gewerkschaften** hineinzutragen und eine entsprechende Veranstaltung mit hochrangigen Gewerkschaftern gemeinsam mit der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative zu planen und ggfls. zu finanzieren.

Medienspiegel: aus den Medien und mit den Medien

Mehrheit der Studenten der Universität Karlsruhe stimmt für eine Zivilklausel an ihrer Hochschule

Neues Deutschland 26. Januar 2009
Von Dietrich Schulze

An der Universität Karlsruhe soll nach Vorstellung der Landesregierung Militärforschung betrieben werden. Die Studenten aber lehnen das Vorhaben ab und sprachen sich für eine Zivilklausel an ihrer Hochschule aus.

In einer Urabstimmung vom 19. bis 23. Januar an der Karlsruher Universität votierte eine Mehrheit der Studierenden für eine Zivilklausel und damit für einen Verzicht auf Militärforschung. Gegen den herrschenden politischen Trend, wonach Militärisches in allen gesellschaftlichen Bereichen etabliert werden soll, haben die Studierenden ein unübersehbares Zeichen gesetzt, kommentierte Verena Müller von der Gewerkschaftlichen Studentengruppe das Abstimmungsergebnis.

Hintergrund der Urabstimmung ist die Zusammenlegung der Universität mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruhe Institute of Technology (KIT). Damit soll eine Einrichtung international herausragender Forschung und Lehre in den Natur- und Ingenieurwissenschaften entstehen, die auf dem Wissensdreieck Forschung – Lehre – Innovation aufbaut. Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren soll Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Von den Gewerkschaften wird unisono

mit dem gesamten Forschungszentrum die Übernahme von dessen Zivilklausel in das KIT-Gesetz gefordert. Die Universität Karlsruhe betreibt – wie mittlerweile 40 andere Hochschulen auch – Militärforschung. Wird die Klausel übernommen, müsste das Programm eingestellt werden.

Die für das Gesetzgebungsverfahren federführende Landesregierung Baden-Württemberg, vertreten durch Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU), nimmt eine ausweichende und widersprüchliche Haltung ein. Sie ist der Auffassung, dass der »Verteidigungsauftrag des Staates zur Sicherung des Friedens« und die Freiheit von Wissenschaft und Forschung nach Artikel 5.3 des Grundgesetzes (GG) beachtet werden müssen. Konservative und liberale Hochschulgruppen sind deutlicher. Sie lehnen eine Zivilklausel ab, weil durch sie Spitzenforschung behindert werde und Militärforschung ein verfassungsmäßiges Freiheitsrecht sei.

Dadurch aber wird das Grundgesetz pervertiert. Der Artikel 5.3 ist ein Grundrecht der Bürger auf Meinungsfreiheit gegenüber staatlicher Gängelung und Willkür. Die Aufnahme dieses Artikels in die Verfassung war eine Reaktion der Verfassungsväter auf die Nazi-Herrschaft, die Wissenschaft und Forschung für Krieg und Vernichtung missbrauchte. Gerade der Staat ist es jetzt, der indirekt die Meinung der Forscher zu steuern versucht, indem er bei knappen Uni-Kassen mit zusätzlichen Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt lockt.

Diesen Positionen wurde nun eine Absage erteilt. 63 Prozent der Studierenden stimmten dafür, in das KIT-Gesetz die Bestimmung »Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke« aufzunehmen. 75 Prozent sind für die erweiterte Mitbestimmungsregelung, dass der Senat einstimmig über die Genehmigung strittiger Fälle befindet. Die Wahlbeteiligung ist ein kleiner Wermutstropfen: Sie betrug mit 19,4 Prozent etwas weniger als die Wahl zum Studierendenparlament, die parallel stattfand und an der rund 20 Prozent der Studenten teilgenommen haben.

Die Gewerkschaftliche Studierendengruppe, die die Urabstimmung mit einer Unterschriftensammlung eingeleitet hatte, sieht das Ergebnis als Bestätigung ihrer Bemühungen um die Verankerung der Zivilklausel. Sie versteht

das Abstimmungsergebnis als ein Signal an den Gesetzgeber, seine bisherige Haltung zu überprüfen und die Meinungsbildung der Studenten zu respektieren.

Die Gewerkschaftliche Studierendengruppe beabsichtigt, sich mit anderen Hochschulinitiativen gegen Militärforschung zu vernetzen. Am 10. Februar wird es eine öffentliche Veranstaltung zur Zivilklausel in der Universität geben, in der erstmalig ein Gutachten zu deren verfassungsgemäßen Zulässigkeit vorgestellt wird.

Weißer Phosphor, keine Bilder

Freitag: Die Ost-West-Wochenzeitung 2009/03
16.01.2009

Sabine Kebir

BLOCKADEBRECHER "AL DJASIRA"

Den Bürgern im Westen werden bei diesem Krieg viele Eindrücke und Informationen vorenthalten

Die Live-Übertragungen der US-Sender CBS und ABC von den Schlachtfeldern des Indochina-Krieges Ende der sechziger Jahre haben weder die amerikanische Bevölkerung noch die Weltöffentlichkeit darin bestärkt, den Siegeswillen der damaligen Regierung Nixon zu teilen. Als eher kontraproduktiv erwies sich auch die im Irakkrieg (2003) und im letzten Libanonkrieg (2006) verfolgte Praxis, Korrespondenten mit der amerikanischen beziehungsweise israelischen Armee mitziehen zu lassen, ihnen aber bei diesem Embedded-Journalismus letztlich nur zu erlauben, Militärbriefings wiederzugeben. Das Publikum hielt vom Informationswert eines solcherart "eingebettetem" Journalismus nicht viel, der an Methoden des Ostblocks und übrig gebliebener Diktaturen erinnerte.

Diesmal nun hat Israel beschlossen, überhaupt keine Reporter ins Kriegsgebiet zu lassen, um so die weltweite Information und Debatte einigermaßen steuern und die Version vom "verzweifelten Verteidigungskrieg" verbreiten zu können. In Deutschland spielten viele Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen ARD und ZDF, in den ersten beiden Kriegswochen auch brav mit: Weil Israel eine Nachrichtensperre verhängt habe, gäbe es keine Bildberichte aus Gaza, wurde willig kolportiert. Bestenfalls konnte etwa die Arte-Redaktion dorthin telefonieren. Vom Leiden und Sterben der Zivilisten

erfuhr man nur indirekt, weil die Hilfsorganisationen erklärten, es sei unmöglich, Nahrung und Medikamente nach Gaza zu bringen. Dabei wurde einfach unterschlagen, dass die dortige Bevölkerung nicht erst seit Beginn der Operation Gegossenes Blei, sondern seit über zwei Jahren aufgrund des israelisch-ägyptischen Boykotts keinen normalen Zugang zu unverzichtbaren Lebensgütern mehr hat.

"Al Djasira" sendet - und zwar live

Die westliche Nachrichtenpolitik wuchs sich insofern zum Skandal aus, weil jeder Sender problemlos aktuelle Bilder und Videofilme aus Gaza erwerben konnte, obwohl das Gebäude des palästinensischen Fernsehens schon am 27. Dezember, dem ersten Tage der Bombardements, zerstört wurde. Die direkte Berichterstattung vom Kriegsschauplatz fand dennoch statt. Der seit 1996 im Emirat Katar stationierte Sender Al Djasira, der schon vor zehn Jahren in der Lage war, direkte Bilder der Operation Desert Fox zu liefern - es waren Szenen des siebzigtündigen Bombardements der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auf 100 militärische Ziele im Irak - sichert auch jetzt eine rundum direkte Berichterstattung aus Gaza und zwar mit Hilfe seit langem dort arbeitender Journalisten wie Samir Schamali und Hiba Akela.

Sie haben mit ihren Teams die Einschläge von Bomben aus der Perspektive der Bombardierten gezeigt und zwar live. Ergänzt durch dramatische Bilder aus Rettungstationen und Hospitälern, wo die Verwundeten mittlerweile auf Tüchern oder nur auf den Armen ihrer Retter hereingetragen und oft auf dem Fußboden behandelt werden müssen. Fast ausschließlich Zivilisten - die Hälfte der Toten sind laut Al Djasira Frauen und Kinder.

Wer in Gaza Häuser, Straßen oder ganze Viertel verteidigt hat, konnte vom ersten Tag der Bodenoffensive an nicht mehr geborgen und behandelt werden - das Sterben der palästinensischen Kämpfer sah und sieht man auch bei Al Djasira nicht. Der Sender zeigt immer wieder die Klagen von Menschen aus dem Gaza-Streifen, die ihre Familien verloren haben, als Panzer in die Vororte von Gaza-City vorstießen.

Gezeigt werden im Programm dieses Kanals die pro-palästinensischen Demonstrationen in

Kairo, Amman oder Damaskus ebenso wie in London, Paris oder Berlin, dazu die Statements von israelischen, arabischen und europäischen Politikern zum Kriegsgeschehen. Da Al Djasira auch die jeweils aktuellen Briefings von Premier Olmert, seiner Minister Barak und Zipi Livi in arabischer Übersetzung präsentiert sowie Berichte über die Einschläge von Kassar-Raketen in Israel, kann von Einseitigkeit keine Rede sein. Dass die stets von Neuem schrecklichen Bilder aus den Bombenzonen in Gaza emotional aufwühlen, ist nicht Schuld des Senders.

Das westliche Publikum wird von den Realitäten dieses Feldzugs abgeschirmt

Eine bewusst einseitige Berichterstattung ist diesmal eher dem Westen anzulasten, der 1998 die Bildsequenzen von Al Djasira über Desert Fox noch gern übernommen hatte oder im Oktober 2001 die Aufnahmen von US-Luftangriffen auf Kabul, bei denen die Sendestation und Redaktionsräume des arabischen Senders zu guter Letzt zerstört wurden. Jetzt soll das Fernsehpublikum in Deutschland, Österreich oder Italien vor den Realitäten dieses Feldzugs offenbar abgeschirmt werden. Zwar wird verbal eingeräumt, dass es in Gaza eine humanitäre Katastrophe gäbe, aber im gleichen Atemzug erklärt, dies sei von den Palästinensern selbst verschuldet. Was geschieht - wird unterschwellig suggeriert - sei die Strafe dafür, sich nicht widerstandslos in einem Freiluftgefängnis aushungern zu lassen.

Der nur durch seine eigenen Medien informierte Bürger in West- und Mitteleuropa hatte zu Beginn der Woche noch nichts davon erfahren, dass die israelische Armee seit dem 10. Januar über Gaza-City und dem Lager Jebaliya Bomben abwirft, die weißen Phosphor enthalten. Der Einsatz dieser starken Rauch entwickelnden Waffen dient der Deckung vorrückender Truppen, die dadurch selbst keine Sichtbehinderung erfahren. Der Einsatz dieser Waffen ist international geächtet, sobald durch die stark ätzenden Substanzen auch Zivilisten getroffen werden können. Seit dieser Woche haben nun die Hospitäler in Gaza eine erhebliche Zahl von Frauen und Kindern zu behandeln, die mit schwer verätzten Augen eingeliefert wurden. Andere Verletzte litten unter schweren Schusswunden, die von Streubomben herrühren sollen. Ärzte und Helfer in den Rettungstationen, die ohnehin kaum noch Medikamen-

te haben, erklärten gegenüber Al Djasira, dass ihnen diese Art von Verwundungen vollkommen neu seien und sie keinerlei Behandlungsmöglichkeiten hätten.

Um die israelische Version vom ordentlich geführten und legitimen Verteidigungskrieg zu stützen, werden in deutschen Medien auffällig wenig Menschen und Meinungen präsentiert, die daran erinnern, dass die Entwicklungen im Konflikt mit den Palästinensern jetzt allem zuwider laufen, was die Friedensforschung seit Jahrzehnten als Allgemeingut etabliert hat. Die permanente militärische Abstrafung eines Gegners führt in der auf Gleichheit aller Menschen orientierenden Moderne nicht zur Unterwerfung oder gar zum Frieden, sondern provoziert Märtyrertum und Terrorismus. Friedliche Nachbarschaft von Völkern kann sich nur durch die gegenseitige Anerkennung gleicher Rechte entwickeln - also sollte den Palästinensern ein lebensfähiger, rundum souveräner Staat zugestanden sein.

Gaza-Chronik

September 2005 - Abzug

Israel zieht nach 38 Jahren Besatzung die Armee aus dem Gaza-Streifen zurück, auch die Siedlungen werden geräumt. Gleichzeitig wird das nur 360 Quadratkilometer große Territorium völlig abgeriegelt, nicht nur zu Lande, sondern gleichfalls durch eine See- und Luftblockade. Auch für israelische Zivilisten gilt nun ein Einreise- und Aufenthaltsverbot.

Januar 2006 - Wahlsieg

Wie im Westjordanland siegt Hamas bei den ersten freien Wahlen nach den Autonomieabkommen von 1993/94 auch im Gaza-Streifen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit und erhebt Anspruch auf die Regierungsbildung.

Mai/Juni 2007 - Bruderkrieg

Nach einem Putschversuch der Fatah gegen die von Hamas geführte Regierung kommt es zu einem mit Waffengewalt ausgetragenen innerpalästinensischen Konflikt. Im Ergebnis herrscht die Fatah unter Mahmud Abbas in der Westbank - die Hamas-Führung als Regierung in Gaza.

September 2007 - Feindesland

Das israelische Kabinett erklärt den Gaza-Streifen zum "feindlichen Gebiet" und kürzt die bereits limitierten Strom-, Lebensmittel-

und Treibstofflieferungen an die Zivilbevölkerung.

November 2007 - US-Bürgerschaft

Israel und die Fatah vereinbaren in Annapolis (USA) eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Der Gastgeber USA verbürgt sich für eine bis Ende 2008 zu treffende "Rahmenvereinbarung" für eine Zwei-Staaten-Lösung, zu der es jedoch nicht kommt.

Januar 2008 - Totalblockade

Israel riegelt den Gaza-Streifen so hermetisch ab, dass eine vollständige Blockade die Folge ist und die Stromversorgung für 800.000 Palästinenser zusammenbricht. Kurz darauf stürmen Tausende Gaza-Palästinenser die Grenze zum Nachbarland Ägypten und decken sich eine Woche lang mit Lebensmitteln, Treibstoff und Medikamenten ein.

März 2008 - Generalprobe

Massive Kämpfe im Gaza-Streifen mit 125 Toten auf palästinensischer Seite und zwei Gefallenen der israelischen Armee - die Operation Heißer Winter fordert in Gaza innerhalb von 48 Stunden die höchste Opferzahl seit dem Sechs-Tage-Krieg vom 1967.

April 2008 - Kommandoaktion

Hamas-Anschlag auf den Grenzübergang Kerem Schalom, bei dem drei der Angreifer getötet und 16 israelische Soldaten verletzt werden. Bei einer Kommandoaktion der Luftwaffe Israels werden daraufhin zehn mutmaßlich militante Palästinenser gezielt getötet.

Juni 2008 - Waffenruhe

Die Regierung Olmert und zwölf palästinensische Organisationen aus dem Gaza-Streifen, darunter Hamas, vereinbaren eine sechsmonatige Waffenruhe, von deren Verlauf es abhängen soll, ob die Abriegelung der Region gelockert wird.

August 2008 - Flucht

Nachdem die Kampfhandlungen zwischen verschiedenen palästinensischen Fraktionen wieder ausbrechen, fliehen die noch im Gaza-Streifen verbliebenen Reste der Fatah-Führung in die Westbank.

November 2008 - Tunnelkampf

Trotz der Waffenruhe kommt es zu einem gezielten Militäreinsatz Israels gegen einen Tun-

nel in der Nähe der Grenze zu Ägypten, bei dem sechs Palästinenser getötet werden.

Dezember 2008 - Kriegsausbruch

Hamas erklärt, der Waffenstillstand werde nach seinem Ablauf am 19. Dezember nicht verlängert, da sich an der Isolation des Gaza-Streifens durch Israel nichts geändert habe. Hamas beginnt kurz darauf mit dem Beschuss südisraelischer Grenzstädte, die israelische Luftwaffe am 27. Dezember mit der Bombardierung des Gaza-Streifens - die erste Phase der Operation Gegossenes Blei.

Die Feigheit unserer Journalisten

Am 11.1. hatte Anne Will in ihrer Talk-Show eine Diskussion über den Gaza-Krieg vorgesehen. Eingeladen und zum Teil schon angereist waren: Rupert Neudeck, Joschka Fischer, Avi Primor, Daniel Barenboim und die palästinensische Professorin Sumaya Farhat-Naser. Die Sendung fand nicht statt: Sie wurde durch eine Debatte über „Freitod“ ersetzt, ohne dass dies zunächst öffentlich wurde. Mohssen Massarat hat dann am 10.1.09 per Mail den attac-Beirat über die Absetzung informiert. Im Namen der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative schrieb Wolfgang Neef am 11.1. daraufhin folgende Mail:

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Bürger und als Vorsitzender der Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss) in deren Namen protestiere ich gegen die Absetzung der ursprünglich für heute abend vorgesehenen Debatte über den Gaza-Krieg. Man kann leider mangels sicherer Informationen nur vermuten, dass hier auf die ARD Druck ausgeübt wurde - eine andere Erklärung fällt schwer angesichts der üblichen Aktualität der Sendung und der großen Relevanz des Themas im Vergleich mit dem nun gewählten über "Freitod". Ich erwarte eine Erklärung zur Änderung des Themas heute Abend.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wolfgang Neef
Vorsitzender NatWiss

Antwort vom 12.1.:

Sehr geehrter Herr Dr. Neef,

wir bedauern Ihren Unmut und danken Ihnen für Ihre Email. Wir planen jede Woche immer mehrere aktuelle Themen nebeneinander, das ist unser journalistisches Prinzip und auch in Bezug auf die Sendung von gestern nichts Außergewöhnliches. Dazu gehört es auch, bereits frühzeitig Terminanfragen an verschiedene Gäste zu richten. Wir haben uns dieses Mal für eine Debatte über ein gesellschaftspolitisches Thema der Woche entschieden, ohne dass eine geplante Sendung zum Krieg im Gazastreifen "abgesetzt" worden ist. Eine Einflussnahme Dritter hat es in Zusammenhang mit der Entscheidung der Redaktion für das Thema der gestrigen Sendung zu keinem Zeitpunkt gegeben. Ihre grundsätzliche Kritik an der Themenauswahl nehmen wir jedoch zur Kenntnis und werden sie in unsere internen Diskussionen mit einfließen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre ANNE WILL
Zuschauerredaktion

Der von Mohssen Massarat am 12.1. verfasste Offenen Brief an die ARD hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Baumann,
sehr geehrte Frau Will,

wir haben mit Entrüstung davon Kenntnis erhalten, dass die ARD eine aktuelle Sendung der Talkshow "Anne Will" zum Konflikt im Gazastreifen kurzfristig abgesetzt hat, die für Sonntag, den 11. Januar, vorgesehen war. Zu dieser Talkshow wurden nach unserer Kenntnis u. a. auch der israelische Dirigent Daniel Barenboim und die palästinensische Hochschullehrerin Frau Dr. Sumaya Farhat-Naser sowie Rupert Neudeck eingeladen. Herr Barenboim, Frau Farhat-Naser und Herr Neudeck gehören zu den herausragenden Persönlichkeiten, die sich jeweils auf bewunderswerte Weise für den palästinensisch-israelischen Dialog engagieren und dafür sorgen, dass der noch bestehende dünne Faden menschlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern nicht abreißt. Daniel Barenboim hat mit seinem West-Eastern-Divans-Orchestra palästinensische und israelische Musiker zusammengebracht. Sumaya Farhat-Naser sorgt seit Jahren uner-

schrocken für einen ständigen Dialog zwischen palästinensischen und israelischen Frauen.

Uns sind die Umstände, die zur Absetzung der geplanten Sendung führten, nicht bekannt. Im Ergebnis ist diese Entscheidung der Redaktion auf jeden Fall aber ein harter Schlag gegen die Pressefreiheit und die Demokratie in Deutschland, um so inakzeptabler, wenn die ARD unter politischem Druck gehandelt hat.

Wir bedauern sehr die Absetzung der Sendung. Die deutsche Öffentlichkeit hat gerade wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel und Palästina einen Anspruch auf umfassende und differenzierte Information über den Krieg in Gaza, zumal die deutschen Massenmedien ihrer Verpflichtung, über den aktuellen Konflikt objektiv zu berichten, überwiegend nicht nachkommen und die Menschen hierzulande nur einseitig informieren. Die erst geplante und dann abgesetzte Sendung der ARD-Talkshow "Anne Will" wäre ein erster und dringender Versuch gewesen, den bestehenden Missstand der einseitigen Berichterstattung zu einem höchst brisanten wie aktuellen Krieg ein wenig zu beheben.

Wir wollen Sie, sehr geehrter Herr Baumann, sehr geehrte Frau Will, ermutigen, Ihre Entscheidung zu revidieren und die Sendung mit der Teilnahme von Daniel Barenboim und Sumaya Farhat-Naser so bald wie möglich nachzuholen und gegen jeglichen politischen Druck, von welcher Seite auch immer, standhaft zu bleiben.

Nachdem der FREITAG am 23.1. einen Kommentar von Rupert Neudeck zur Absetzung der Sendung veröffentlicht hatte, schrieb Wolfgang Neef am selben Tag an die ARD:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nach einer Veröffentlichung von Rupert Neudeck im "Freitag" vom 23.1.09 ist Ihre Erwiderung auf meine Kritik in dem Punkt offenbar gelogen, in dem Sie von lediglich "frühzeitigen Terminanfragen", also Unverbindlichkeit reden: Die ARD hat danach nicht nur eine Verschiebung seines Fluges für den Termin 11.1. bezahlt, sondern auch den Flug von Frau Sumaya nach Deutschland. Frau Sumaya war danach bereits in Deutschland, als die Sendung abgesetzt wurde. Wenn Frau Will schon ge-

genüber wem auch immer einknickt, sollte sie das wenigstens zugeben und öffentlich vertreten. Das ist das Minimum an journalistischer Standfestigkeit in einer Demokratie, in der man nicht wegen kritischer Berichterstattung erschossen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Neef

Künftige Projekte

Folgende Projekte und Veranstaltungen werden auf der NatWiss-Beiratstagung vorgestellt und diskutiert.

Die Technik als Problemlöser?

Veranstaltung in Hamburg, Termin Frühjahr/ Frühsommer 2009, zum Thema: Solarenergie – welche Möglichkeiten bietet sie zur Überwindung der Klima- und Umweltkrise? Mit Gerhard Knies, Physiker (NatWiss, Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation (TREC), und Niko Paech, Ökonom, Universität Oldenburg
Wolfgang Neef

Zukunftslabor

Wir sammeln derzeit Ideen, wie wir Initiativen des IZT, der Daimler-Benz-Stiftung und die verschiedenen einschlägigen Publikationen und auch Fernsehsendungen (z. B. Ranga Yogeshwar) als Grundlage für Natwiss-Aktivitäten/Initiativen nutzen können.

Wie verknüpfen wir die Bereiche „Wissen“, „Können“ und „gesellschaftliches Engagement“?

Wo sind interessierte Partner/innen?

Hanny Nover

Tagung gemeinsam mit der IG Metall: Nachhaltige Wertschöpfungsnetze in der Metallindustrie.

Die aktuelle „Krisenbewältigung“ setzt auf alte, nicht zukunftsfähige Industriezweige. Statt z. B. die deutsche Automobilindustrie, die unbelehrbar auf schwere Spritschlucker setzt, durch Verschrottungsprämien zu päppeln, sollte den dort Beschäftigten die Möglichkeit gegeben werden, ihre Produktionsstätten und Qualifikationen für zukunftsfähige Produkte

(auch Elektro-Autos) umzurüsten: Solche „Konversion“ war schon in den 80er Jahren ein Bestreben der IG Metall. Auch die neueste Forschung zum Re-Manufacturing gebrauchter Produkte schafft für die Arbeitnehmer der Metallindustrie weitere, neue Möglichkeiten, z. B. Elektro-Großgeräte, Handys, PC um- und aufzurüsten und sie so wieder verwendbar zu machen: Ein Arbeits-intensives Zukunftsfeld, das auch mit neuen Nutzungskonzepten ökologische und soziale Nachhaltigkeit sichert. Angestrebter Termin: Sommer 2009 in Berlin.
Wolfgang Neef

Ökonomie-Arbeitstagung II und weitere Anregungen

Während der oben beschriebenen Arbeitstagung wurden wichtige weitere Anknüpfungspunkte entwickelt. Dabei wurde insbesondere klar, dass noch einige Disziplinen von Interesse für eine weitere Diskussion sind. Welchen Konsummustern folgen wir heutzutage und wodurch sind sie geprägt bzw. woher kommen sie? Warum scheint Konsum an sich mittlerweile eine Kompensationsform für nicht befriedigte Bedürfnisse in anderen Bereichen und wie antwortet unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem darauf? Diese und weitere Fragen wären Anlass, auch noch gezielt mit Umweltpsychologen und Soziologen ins Gespräch zu treten und dafür eine weitere Tagung in ähnlichem Format zu initiieren. Derzeit suchen wir Partnerorganisationen und Engagierte dafür.

Ein weiterer starker Impuls aus dem Bereich Design (Produktdesign) entstand durch die erfolgreiche Zusammenarbeit mit DEEDS (*Design, Education and Sustainability*). Besonders die Frage nach Produktentwicklung durch Ingenieure und die Frage nach Design jenseits von Marketing war eine wichtiger Aspekt, der darauf hinführte, wie wichtig Design in Hinblick auf Nutzerorientierung ist. Auch dies wollen wir im Rahmen von NatWiss weiterverfolgen und neue gewonnene Kontakte hinsichtlich gemeinsamer Aktivitäten vertiefen.

Daniel Philipp

Universitätsforschung im Sinne der MDGs

Ziel des Projekts: Ein Workshop-Format zu entwickeln, das sich an naturwissenschaftliche Institute an Universitäten richtet. Der Workshop unterstützt Institute beim Entwurf neuer

Forschungsprojekte im Sinne der Millennium Development Goals. Partner: www.fhochx.de - Institut für zukunftsfähiges Wirtschaften / Jörg Longmuss. Finanzierung: 500 € aus dem NatWiss-Budget, um einen kleinen Antrag bei HBS zu stellen, mit dem dann das Format ausgebaut und an vier Instituten angeboten werden kann.

Noara Kebir

Lesenswert: neue Bücher

Jürgen Neffe: Darwin. Das Abenteuer des Lebens, C. Bertelsmann Gütersloh 2008, 22,95 €

Karl-Otto Henseling: Am Ende des fossilen Zeitalters. Alternativen zum Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen, Oekom-Verlag, München 2008, 19,90 €

Aus der Sicht eines Chemikers, der am Umweltbundesamt arbeitet, zuständig für Stoffstrom-Management, Ressourcenschutz, Nachhaltige Entwicklung. Die Geschichte der Moderne als "Geschichte der Materialien, auf denen sie gebaut ist" und damit inzwischen in mannigfacher Weise am Ende ist: Nicht nur CO₂, sondern jeglicher Müll, chemische Stoffe, die die Umwelt vergiften und in die Reproduktion der Natur eingreifen, der ungeheure Materialstrom, den wir täglich in Bewegung setzen - all diese Einflüsse bringen die Natur aus dem Gleichgewicht und die menschliche Spezies mit.

Joachim H. Spangenberg (ed.), **Sustainable Development - Past Conflicts and Future Challenges**. 34,90 € ISBN 978-3-89691-0.

A global view on sustainability, with 14 authors from 7 countries in 3 continents, an IHDP endorsed project result:

Termine / Veranstaltungen

27. Februar - 1. März 2009 - Berlin
NatWiss-Beiratstagung

14.-15.02.2009 – Straßburg
Internationale Aktionskonferenz zur Vorbereitung der Gegenaktivitäten zum 60. Geburtstag der NATO“
www.no-to-nato.org

6.-8. März 2009 – Berlin
Attac: Kapitalismus am Ende?
www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/
NatWiss trägt zum attac-Kongress bei:

1. Teil: Die Technik als Problemlöser?
Technische Innovationen im Kapitalismus dienen vorwiegend der Rendite und dem Wachstum. Auch die Konzepte zur technischen Bewältigung der Klima- und Umweltprobleme sollen der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wachstums- und Renditezwangs und damit der Immunisierung des modernen Lebensstils gegen den nötigen Paradigmenwechsel dienen. Solche „Lösungen“ orientieren sich aber weder an den Bedürfnissen der Menschen noch an den Notwendigkeiten ökologischer Nachhaltigkeit, die weiteres globales Wachstum ausschließen. Es soll die Frage behandelt werden, wie die Technik selbst und neue Nutzungskonzepte von Technik für einen zukunftsfähigen Lebensstil entwickelt werden und wie Ingenieure dazu beitragen können. Einleitendes Referat: *Dr. Niko Paech*, Universität Oldenburg.
Moderation: *Wolfgang Neef*, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative

2. Teil: „Blue Engineer“ – ein Konzept zur sozialen und ökologischen Gestaltung zukunftsfähiger Technik
Wege zu nachhaltiger Ingenieurarbeit und zukunftsfähiger Technik erfordern eine radikale Abkehr von bisherigen Technologie-Pfaden. Eine neue Idee für praktische Schritte in dieser Richtung ist das Konzept „Blue Engineer“, das von einer Gruppe Studierender der Ingenieurwissenschaften an der TU Berlin entwickelt wurde. Es sieht zum einen Aus- und Weiterbildungs-Module vor, die als soziale und ökologische Zusatz-Qualifikation in heutige Studiengänge eingebaut werden und über einen entsprechenden „Codex“ zur Zertifizierung als „Blue Engineer“ führen. Zum anderen sollen Unternehmen, Verbände etc. durch bevorzugte Einstellung solcher Ingenieure und Ingenieurinnen und soziale und ökologische Produktgestaltung bzw. Nutzungskonzepte zertifiziert werden. Einleitende Präsentationen:

Arbeitsgruppe „Blue Engineer“, TU Berlin. Moderation: *Wolfgang Neef*, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative

13.-15. Mai. 2009 – Frankfurt
VÖÖ/VÖW: Jahrestagung der ökologischen Ökonomie Deutschlands
www.voeye.de
www.voew.de
Bei Redaktionsschluss noch keine Informationen auf deren Websites

11.-12. Juni – Loccum
VDW Jahrestagung
www.vdw-ev.de
Bei Redaktionsschluss noch keine Informationen auf deren Website

29. Juni – 2. Juli – Ljubljana
Biannual Conference der European Society for Ecological Economics
www.euroecolecon.org

4. – 7. Juli – Utrecht
15th Annual International Sustainable Development Research Conference
<http://globalchallenge2009.geo.uu.nl/>

NatWiss Kontakt

Für Fragen, Anmerkungen und Anregungen nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:

**NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.**
Andrea Hastrich – Geschäftsführung
c/o TU Berlin
Skr. FR 7-4
Franklinstr. 28/29
10587 Berlin

030-3199 6686
geschaefsfuehrung@natwiss.de
www.natwiss.de

Redaktionsschluss: 2. Februar 2009